

A N F R A G E von Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht), Maria Rita Marty (EDU, Volketswil) und Stefan Schmid (SVP, Niederglatt)

betreffend Einsatz von Steuergeldern in Abstimmungskämpfen – Stiftungen und Aktiengesellschaften mit besonderen Aufgaben im Dienste des Staates

Der Verein Standortförderung Limmattal hat Gelder aus seiner Kasse (gemäss AZ-Medien 20'000 Franken) in den Abstimmungskampf über die Limmattalbahn und gegen die kantonale Volksinitiative «Stoppt die Limmattalbahn ab Schlieren» vom 23. September 2018 eingesetzt. Die Standortförderung Limmattal wird von den Gemeinden im Limmattal mit Steuergeldern finanziell unterstützt; pro Einwohner mit 1.20 Franken und pro Arbeitsplatz mit 0.80 Franken. Auch der Kanton unterstützt den Verein Standortförderung Limmattal (via AWA jährlich mit 10'000 Franken). Die Volkswirtschaftsdirektorin des Kantons Zürich hat sich ausdrücklich anlässlich der letzten Generalversammlung dieses Vereins beim Vorstand für dessen Einsatz für die Limmattalbahn bedankt.

Anlässlich einer kantonalen Volksabstimmung vom 22. November 2015 haben die Stimmbürger im Bezirk Dietikon den Bau der Limmattalbahn abgelehnt.

Der Präsident des Vereins Standortförderung Limmattal, Herr Toni Brühlmann-Jecklin (alt-Stadtpräsident von Schlieren, SP), welcher auch als Co-Präsident des Komitees «Nein zur halben Limmattalbahn» (betrifft Abstimmung vom kommenden 23. September) amtiert, hat gemäss e-paper der AZ Medien (Herausgeber der Zeitung Limmattaler) auf die Feststellung, dass sein Verein mit Geldern in den Abstimmungskampf eingegriffen hat, wie folgt Stellung genommen: «Es gibt keine bessere Standortförderung als das Lösen von Verkehrsproblemen. Das ist Standortförderung pur.» Eine klare Trennung zwischen den Geldern aus der Wirtschaft und den Geldern der Steuerzahler scheint es bei der Standortförderung Limmattal nicht zu geben (Text AZ-Medien). Weiteres Zitat T. Brühlmann-Jecklin in den AZ Medien vom 1. September 2018: «Es gibt bei der Standortförderung private Mitglieder und es gibt die Gemeinden. Beide zahlen Beiträge an die Standortförderung. Wenn wir einen Beitrag für die Kampagne bewilligt haben, dann stammen diese Mittel aus der Kasse der Standortförderung.»

Die Geschäftsführerin der Limmatstadt AG, in welche die Standortförderung Limmattal voraussichtlich im Jahr 2019 integriert wird, amtiert gleichzeitig als Sekretärin des Nein-Komitees. Das Nein-Komitee und die Limmatstadt AG haben die gleiche Postadresse.

Ob der Verein Regionale Projektschau Limmattal (Regionale 2025) auch Gelder in den Abstimmungskampf vom 23. September 2018 eingesetzt hat, ist nicht bekannt. Dieser Verein, damals noch in Gründung, hatte vom Zürcher Lotteriefonds im Jahr 2016 – RRB 134, Lotteriefonds des Kantons Zürich – Allgemeine Fondsmittel, Beiträge 2016. 1. Serie – 400'000 Franken erhalten, vom ARE 50'000 Franken sowie einen substantiellen Beitrag der Standortgemeinden. Und der Kanton Aargau versprach damals, vorausgesetzt finanzielle Unterstützung der Standortgemeinden und des Kantons Zürich, 900'000 Franken. Aus demselben RRB ist auch herauszulesen, dass der Verein Regionale Projektschau Limmattal «zum gegebenen Zeitpunkt» ein Gesuch von weiteren 450'000 Franken - an die sich damals in Gründung befindliche Stiftung «Raum & Gesellschaft» stellen solle.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung nachfolgender Fragen:

1. Erachtet der Zürcher Regierungsrat das vorgängig Geschilderte (u.a. das Verwenden von staatlichen Wirtschaftsfördergeldern zur Finanzierung von Abstimmungskampagnen) als gesetzeskonform und redlich, und wenn ja, aufgrund welcher Rechtsgrundlagen und zum Erreichen welchen Zwecks?
2. Wer vertritt den Kanton, seine Interessen oder kantonale Stellen im Vorstand des Vereins Regionale Projektschau Limmattal (Regionale 2025)? Sind Gelder dieses Vereins in den Abstimmungskampf vom 23. September 2018 geflossen?
3. Wie viele Franken sind seitens Kanton, Lotteriefonds und Gemeinden (grossmehrheitlich Finanzausgleichs-Nehmergebunden) seit seiner Gründung in den Verein Regionale Projektschau Limmattal (Regionale 2025) geflossen und wann (Bitte um tabellarische Aufstellung)?
4. Im Kanton Zürich werden immer mehr Stiftungen und andere-, teils privat und teils öffentlich finanzierte Vereine und Aktiengesellschaften zwecks «Projektbeschleunigung» und dergleichen eingesetzt. Insbesondere im Zuständigkeitsbereich des Gesundheitsdirektors scheint dies zur Norm zu werden (Beispiele: kantonales Notfalltelefon, Projekt elektronisches Patientendossier, USZ Foundation etc.). Woher leitet der Regierungsrat die Legitimation solchen Handelns ab und will er solche Konstrukte in Zukunft noch vermehrt einsetzen und warum?

Hans-Peter Amrein
Maria Rita Marty
Stefan Schmid